

Fragen

für die Fragestunde der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Juni 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	34	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	10, 11
Albani, Stephan (CDU/CSU)	13, 14	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	6, 7
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Kleinwächter, Norbert (AfD)	24
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	42, 43	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	12, 22
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 46
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	26, 27	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	40, 41
Bystron, Petr (AfD)	25, 37	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	23, 33
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	30, 31	Renner, Martina (DIE LINKE.)	20, 21
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	47	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	15, 16
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	38, 39	Schattner, Bernd (AfD)	2, 3
Görke, Christian (DIE LINKE.)	17, 18	Schmidt, Eugen (AfD)	19, 32
Hirte, Christian (CDU/CSU)	44, 45	Simon, Björn (CDU/CSU)	48
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	28, 29	Staffler, Katrin (CDU/CSU)	8, 9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD) Welche wesentlichen Gründe für die abnehmende Lesekompetenz bei Grundschulern im Lichte der aktuellen Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) sieht die Bundesministerin für Bildung und Forschung Frau Stark-Watzinger, und mit welchen konkreten Maßnahmen wird dem auf Bundesebene entgegengewirkt (vgl. www.zeit.de/gesellschaft/schule/2023-05/iglu-stu-die-2023-bettina-stark-watzinger, zuletzt abgerufen am 23. Mai 2023)?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Möchte die Bundesregierung etwas gegen den Lehrermangel in Deutschland unternehmen, und wenn ja, was?
3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Was macht die Bundesregierung gegen die Abwanderung von hochqualifizierten Personen in der Bildung und Forschung aus Deutschland (www.demogr.mpg.de/de/news_events_6123/news_pressemitteilungen_4630/presse/abwanderung_von_forschenden_wirtschaftliche_entwicklung_fuehrt_nicht_zwangslaeufig_zu_braindrain_11735)?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesministerin für Bildung und Forschung hierzulande die Anzahl der Professuren für den Fachbereich Gender seit dem Jahr 2010 und im gleichen Zeitraum die Anzahl der Professuren für Pharmazie entwickelt?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Beabsichtigt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Maßnahmen zu ergreifen, um den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss, der bereits seit Jahren bei etwa 6 Prozent stagniert (www.tagesspiegel.de/gesellschaft/jungen-und-kinder-mit-auslaendischer-staatsangehoerigkeit-sind-besonders-gefaehrdet-anteil-der-jugendlichen-ohne-abschluss-stagniert-seit-jahren-9457454.html, <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-zahl-der-jugendlichen-ohne-schulabschluss-stagniert-seit-jahren/>), abzusenken, und wenn ja, welche?

6. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- In welchem Umfang und in welchem Zeitrahmen gedenkt die Bundesministerin für Bildung und Forschung ihre in der Nachrichtensendung „heute journal“ am 13. Dezember 2022 hinsichtlich der Kernfusionsforschung gemachte Ankündigung, „wir werden eine hohe Summe investieren“, einzulösen, und bedeutet das, dass im kommenden Haushalt höhere Mittel als bisher für die Fusionsforschung bereitgestellt werden?
7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie erklärt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Ergebnis der acatech-Studie „MINT Nachwuchsbarometer 2023“, dass trotz nunmehr jahrzehntelanger Programme der Förderung von Mädchen im MINT-Bereich (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik; z. B. girls-day, MINT-Mädchen-Projekt usw.) der Leistungsvorsprung von Jungen gegenüber Mädchen in Mathematik in der 4. Klasse ganze 15 Lernwochen beträgt?
8. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung mit Blick auf die Veröffentlichung der 22. Sozialerhebung, die Bedarfssätze und die Wohnpauschale im Bundesausbildungsförderungsgesetz noch in diesem Jahr entsprechend anzupassen?
9. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die mögliche finanzielle Mehrbelastung von beispielsweise Hochschulen und Studierendenwerken bei der Umsetzung der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes abzufedern, und wenn nein, warum nicht?
10. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel sollten nach Vorstellung der Bundesministerin für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2024 für die Long-COVID-Forschung vorgesehen sein?
11. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel sollten nach Vorstellung der Bundesministerin für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2024 für die Fusionsforschung vorgesehen sein?
12. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- In welchen Punkten löst nach Meinung der Bundesregierung der überarbeitete Referentenentwurf des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes die zentralen Probleme wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Perspektiven und unbezahlte Überstunden für Nachwuchskräfte im deutschen wissenschaftlichen Arbeitsumfeld (www.deutschlandfunk.de/bundesbildungsministerin-stark-watzi-nger-stellt-ueberarbeiteten-gesetzentwurf-fuer-besere-arbeitsbe-100.html)?

13. Abgeordneter
Stephan Albani
(CDU/CSU)
- Welchen Vorschlag werden das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag für den Haushalt 2024 unterbreiten, um die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom zu stärken, und welches Budget plant das BMBF für die Forschung im Vergleich zum Haushalt 2023 (bitte dabei die Steigerung zum Vorjahr ausweisen)?
14. Abgeordneter
Stephan Albani
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Berufsbildungsberichts 2023 Schritte zur Stärkung der beruflichen Bildung, und wenn ja, mit welchen Beträgen können insbesondere die Berufsorientierung und die überbetrieblichen Ausbildungsstätten im kommenden Jahr rechnen, und welche neuen Maßnahmen werden ihrerseits umgesetzt?
15. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wurden bereits Projektfördermittel des Bundes an die beiden Großforschungszentren in Delitzsch/Leuna und Görlitz ausgezahlt, wenn ja, wann und wie viele (bitte Personalmittel gesondert ausweisen), und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

16. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die 1,8 Millionen industriellen und gewerblichen Letztverbraucher am deutschen Gasnetz zukünftig mit Wasserstoff zu versorgen, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, um die erforderlichen Anpassungen aller Netzkomponenten und Gasanwendungen für Wasserstoff zu unterstützen (steuerlich und durch Förderung)?
17. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt ein Beratervertrag zwischen den Unternehmen Securing Energy for Europe (SEFE) und Boston Consulting Group (BCG), und wenn ja, wann wurde dieser Vertrag zu welchen Konditionen (insbesondere in Bezug auf Laufzeit, Vergütung, Vertragssumme, Personalbedarf, Zahlungsbedingungen) geschlossen (vgl. www.businessinsider.de/politik/deutschland/berater-aerger-bei-habeck-dubioser-millionen-auftrag-von-sefe-an-beratung-bcg/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Auf welchen Wert beläuft sich das im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eingefrorene Vermögen sanktionierter russischer Einzelpersonen und Entitäten in Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und auf welche Vermögenswerte (Kontoguthaben, Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere, Immobilien, bewegliche Gegenstände usw.) verteilt sich der Wert des eingefrorenen Vermögens (bitte auflüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

19. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern ist es dem Bundeskriminalamt (BKA) nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, Belohnungen für die Aufklärung von Straftaten auszuloben, falls es die Ermittlungen führt bzw. an diesen beteiligt ist, bzw. was stünde der grundsätzlichen Möglichkeit einer Auslobung durch das BKA ggf. entgegen (www.bka.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Servicesuche_Formular.html?nn=3806&resourceId=4198&input_=3806&pageLocale=de&templateQueryString=Belohnung&submit.x=0&submit.y=0)?
20. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und wenn ja, wie viele deutsche Staatsbürger sich als Freiwillige den mutmaßlich russischen Partisanengruppen „Legion Freiheit für Russland“ und „Russisches Freiwilligencorps“ angeschlossen haben, und welche Verbindungen bestehen bei diesen Personen zu rechtsextremen Parteien, Gruppierungen oder Organisationen in Deutschland (www.tagesschau.de/ausland/europa/treffen-kaempfer-belgorod-100.html)?

21. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Inwieweit treffen nach Kenntnis der Bundesregierung Meldungen zu, die Bundespolizei habe Bahnunternehmen dazu aufgefordert, mutmaßlich „linke“ Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bei der Anfahrt zu einer Versammlung – ggf. anhand einer schriftlich oder mündlich von der Bundespolizei weitergegebenen Merkmalsliste – in ihren Zügen auszumachen und an die Bundespolizei zu melden (<https://taz.de/Bundespolizei-sucht-nach-Linken-in-Zuegen/!5938252/>), und in Erfüllung welcher der in § 1 ff. des Bundespolizeigesetzes abschließend genannten Aufgaben erging die Aufforderung an die Bahnunternehmen, der Bundespolizei anhand äußerer Kriterien auszuwählende Fahrgäste zu melden?
22. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Fachkräfte mit Berufsausbildung, Fachkräfte mit akademischer Ausbildung oder hochqualifizierte Personen im Sinne des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet sind seit 2015 nach Deutschland eingewandert, und wie viele Personen derselben Qualifikationsstufen sind seitdem ausgewandert (<https://finanzmarktweit.de/fachkraefte-kommen-nicht-nach-deutschland-sondern-verlassen-das-land-263757/>)?
23. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche gesetzliche Regelung zu Schutzmaßnahmen (www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/schutz-vor-geldautomatensprengung-volksbanken-und-sparkassen-erwaegen-verklebetechnik/29135048.html) erwägt die Bundesregierung im Hinblick auf die Sprengung von Geldautomaten, und zieht sie dabei auch einen verpflichtenden Einsatz der Verklebetechnik zum Schutz vor Geldautomatensprengungen durch die jeweiligen Betreiber der Geldautomaten in Betracht?

24. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Das „dreckige Spiel der AfD“ auf welcher Organisationsebene (etwa Bundestagsfraktion, Bundespartei, Landtagsfraktion, Landesverband u./o. Ä.; bitte die jeweiligen Einheiten präzise auflisten) spiele zum einen derjenige mit, der „das Asylrecht antasten will“, und wie könnten zum anderen die politischen Forderungen der jeweils aufgelisteten AfD-Einheiten zum Asylrecht aus Sicht der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser konkret umgeschrieben werden, damit sie keinem „Spiel“ – und schon gar nicht einem „dreckigen“ – gleichkämen und zugleich erlaubten, dass das Asylrecht angetastet wird (vgl.: „Wer das Asylrecht antasten will, spielt das dreckige Spiel der AfD mit“, www.welt.de/politik/deutschland/article245750470/Migration-Wer-das-Asylrecht-antasten-will-spielt-das-dreckige-Spiel-der-AfD-mit.html, zuletzt abgerufen am 8. Juni 2023, 12:30 Uhr)?
25. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele in Deutschland niedergelassene Ärzte wurden wegen angeblich gefälschter Corona-Atteste bundesweit verhaftet, und wie viele Durchsuchungen in Praxen und Privathäusern gab es?
26. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie ist es zu erklären, dass der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin des Innern und für Heimat Mahmut Özdemir auf meine Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 53 auf Bundestagsdrucksache 20/6668 mit Schreiben vom 25. Mai 2023 bestätigte, dass der Bund auch weiterhin beabsichtige, die „erforderlichen Unterbringungsbedarfe für Rückführungsaufgaben“ in einem gemeinsamen Behördenzentrum mit dem Land Brandenburg zu decken (https://cms.clarabuenger.de/uploads/Nachbeantwortung_BER_Geschwaerzt_0a207b518f.pdf), wohingegen die brandenburgische Landesregierung am 17. Mai 2023 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Tina Fischer erklärte, das geplante Behördenzentrum werde nach „gegenwärtigem Planungsstand kein Rückführungsgebäude der Bundespolizei enthalten“ (vgl. Drucksache 7/7748 des Landtags Brandenburg, www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladedoku/w7/drs/ab_7700/7748.pdf), was sich nach meinem Verständnis widerspricht, und in welcher Weise will der Bund „Unterbringungsbedarfe für Rückführungsaufgaben“ in dem geplanten Behördenzentrum decken, wenn dieses kein „Rückführungsgebäude“ enthalten soll?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Werden die Visaverfahren für gefährdete Afghaninnen und Afghanen nach jetziger Einschätzung der Bundesregierung wieder aufgenommen, und wenn ja, was waren die Gründe für etwaige Verzögerungen, und welche Botschaften bzw. Bearbeitungsstellen werden an der Visumsbearbeitung und zusätzlichen Sicherheitsgesprächen teilnehmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 80 auf Bundestagsdrucksache 20/6390 und Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 36, Plenarprotokoll 20/99), und wenn nein, wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Visaverfahren wiederaufzunehmen, und betrifft die Einführung des optimierten Sicherheitsverfahrens auch Personen, die im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen für afghanische Staatsangehörige aufgenommen werden, sodass diese ihr Visumverfahren ebenfalls an der deutschen Botschaft in Islamabad durchlaufen müssten, und wenn ja, bitte begründen und ausführen?
28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welchen konkreten Erkenntnissen basiert die Aussage des Bundeskanzlers Olaf Scholz, dass es sich bei der mutmaßlichen Sprengung des Kachowka-Staudamms um „eine Aggression der russischen Seite“ handle („Scholz: Russland wollte mit Staudamm-Sprengung Offensive aufhalten“, dpa vom 6. Juni 2023), während die USA und Großbritannien erklärten, noch keine Beweise dafür zu haben, wer für die Zerstörung des Staudamms verantwortlich sei (www.tagesschau.de/ne-wsticker/liveblog-ukraine-mittwoch-246.html#Wasserstand-in-Flutgebieten-weiter-angestiegen), und welche weiteren Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Ursachen für die Schäden des Staudamms?
29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihr politisches Handeln (wie zum Beispiel weitere Waffenlieferungen an die Ukraine oder diplomatische Bemühungen zur einer möglichst schnellen Beendigung des Krieges in der Ukraine) aus dem Umstand, dass der Ukraine-Krieg allein im ersten Jahr 120 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen-Äquivalente ausgestoßen hat (siehe dazu www.zdf.de/nachrichten/panorama/klima-fussabdruck-ukraine-krieg-russland-100.html), und verfügt die Bundesregierung über eine Position zu dem Umstand, dass der Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg etwa 50 Millionen Tonnen CO₂ verursachen werden soll (ebenda), und wenn ja, welche?

30. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung (auch nachrichtendienstliche) über die Bewaffnung der Neonazi-Miliz „Russisches Freiwilligenkorps“ mit Militärmaterial aus NATO-Staaten (www.washingtonpost.com/national-security/2023/06/03/nato-weapons-russia/), die zusammen mit der Legion „Freiheit Russlands“, laut Presseberichten „vom ukrainischen Militärgeheimdienst aufgestellt, bewaffnet, ausgerüstet, bezahlt und unterstützt“ (www.spiegel.de/ausland/ukraine-dauerbeschuss-auf-die-region-belgorod-kiews-gefaehrliche-ablenkungsmanoever-a-5c0f8b0a-f968-4f9e-80b5-d2eb-e6fe41e9), ins russische Grenzgebiet der Region Belgorod vorgedrungen ist und Wohngebiete unter Dauerbeschuss genommen hat, und inwiefern kann die Bundesregierung ggf. ausschließen, dass auch aus Deutschland an die ukrainische Regierung gelieferte Waffen an Neonazi-Milizen weitergegeben werden?
31. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Kenntnisse hatte die Bundesregierung am 6. Juni 2023 über die russische Täterschaft bei der Zerstörung des Kachowka-Staudamms in der Ukraine, die der Bundeskanzler Olaf Scholz bereits am Vormittag des 6. Juni 2023 beim „Europaforum“ des WDR (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/kanzler-wdr-europaforum-2194542 und ots, 6. Juni 2023) angenommen hat, während die US-Regierung am selben Tag betonte, keine gesicherten Erkenntnisse über die Hintergründe der Zerstörung des Kachowka-Staudamms zu haben (www.reuters.com/world/white-house-us-cannot-conclusively-determine-cause-ukrainian-dam-destruction-2023-06-06/) und der Premierminister des Vereinigten Königreichs Rishi Sunak am 7. Juni 2023 dem Sender ITV erklärte, es sei noch nicht klar, ob Russland für den Dammbbruch verantwortlich sei (Reuters, 7. Juni 2023)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

32. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern ist es dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof nach Kenntnis der Bundesregierung möglich, Belohnungen für die Aufklärung von Straftaten auszuloben, falls er die Ermittlungen führt bzw. an diesen beteiligt ist, bzw. was stünde der grundsätzlichen Möglichkeit einer Auslobung durch den Generalbundesanwalt ggf. entgegen (www.generalbundesanwalt.de/DE/Generalbundesanwalt/Unsere_Zustaendigkeit/Strafverfolgung/strafverfolgung-node.html)?
33. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung infolge des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 27. April 2021 – XI ZR 26/20, wonach Änderungen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) einer Bank mittels einer Zustimmungsfiktion im Falle einer fehlenden fristgerechten Ablehnung nicht wirksam sind, eine Änderung der geltenden Rechtslage, und wenn ja, bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, dafür einen eigenen Regelungsvorschlag zu unterbreiten?
34. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung eine Anpassung der Vergütungspauschalen für Verfahrensbeistände in familiengerichtlichen Verfahren, und wenn ja, bitte Zeitplan und Höhe der geplanten Anpassung benennen, und trifft es zu, dass die Vergütungspauschalen seit der Einführung im Jahr 2009 nicht angepasst wurden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

35. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage kann die Bundesregierung ehemaligen deutschen Bundeswehripiloten verbieten, zum Beispiel chinesische Kampfpiloten auszubilden (siehe dazu: www.tagesschau.de/ausland/asien/ex-kampfpiloten-china-102.html), und welche Sanktionen können bereits heute oder sollen zukünftig bei Zuwiderhandlung angedroht werden (bitte auflisten)?

36. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Anzahl sind der Bundesregierung Ausbildungen von chinesischen Kampfpiloten durch ehemalige Bundeswehrpiloten bekannt (bitte auch den Zeitpunkt des Bekanntwerdens jeweils angeben – siehe dazu: www.tagesschau.de/ausland/asien/ex-kampfpiloten-china-102.html), und in wie vielen Fällen aus anderen Ländern, die nicht Mitglied der NATO sind, sind der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren solche Ausbildungen bekannt geworden (bitte die Länder einzeln auflisten)?
37. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung das Russische Freiwilligenkorps von der ukrainischen Armee mit Waffen ausgerüstet, und waren darunter auch Waffen aus deutscher Produktion bzw. aus deutschen Waffenbeständen (auch Ringtausch; vgl. www.zdf.de/nachrichten/politik/denis-nikitin-rechtsextremismus-ukraine-krieg-russland-100.html)?
38. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind zum jetzigen Stand die für das Jahr 2023 außerhalb des Einzelplans 14 im Bundeshaushalt veranschlagten Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien (bitte unter Angabe der absoluten Höhe der außerhalb des Einzelplans 14 veranschlagten Ausgaben sowie der relativen Höhe bezogen auf die gesamten Verteidigungsausgaben), und wie teilen sich die Ausgaben außerhalb des Einzelplans 14 auf die übrigen Einzelpläne des Bundeshaushaltes auf (bitte jeweils einzelplanscharfe Angabe mit absoluter Höhe der dort veranschlagten Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien)?
39. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Meinte Bundeskanzler Olaf Scholz bei seiner Rede im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 (Zitat: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren“, Plenarprotokoll 20/19), dass beginnend mit dem Haushaltsjahr 2022 die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland gemäß NATO-Definition über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen sollten oder ist dies eine Falschinterpretation dieser Aussage, und wurde diese Ankündigung seitdem vollumfänglich umgesetzt bzw. sieht sich die gesamte Bundesregierung in ihrem zukünftigen Handeln an diese Ankündigung des Bundeskanzlers gebunden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

40. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Problematik, dass der GKV-Spitzenverband aufgrund eines bestehenden Schiedsspruches und der Regelungen in der Arzneimittelabrechnungsvereinbarung nach § 300 Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch im Zusammenhang mit der Verblisterung von Medikamenten nach mir vorliegenden Informationen auch nach diversen Gesprächen der Selbstverwaltung nach wie vor auf die Übermittlung der Chargenbezeichnung im Abgabedatensatz eines E-Rezepts besteht, was bei der Verblisterung einzelner Tabletten nach meiner Überzeugung nicht realistisch ist, und wie positioniert sich die Bundesregierung zu meinem Vorschlag, es – etwa bei einem Regress – so zu regeln, dass der den Arzneimittel-Schlauchblister ausgebende Apotheker im E-Rezept das konkrete Blisterzentrum notiert, das die jeweilige Chargenbezeichnung konkret zurückverfolgen kann, um schlussendlich die für 400.000 Patienten, deren Angehörige und deren Pflegepersonal entlastende Methode der Arzneimittel-Blister nicht an sich zu gefährden?
41. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Gibt es seitens der Bundesregierung aktuelle Überlegungen, den bestehenden Rechtsrahmen bezüglich der Verschreibung von medizinischen Cannabis-Produkten (Arzneimittel) durch Personen im Besitz einer ärztlichen Approbation respektive eines Arztausweises dahingehend enger zu fassen, die nach meiner Kenntnis zunehmende Zahl aufkommender (und häufig auch werbender) Onlineplattformen für die entgeltliche Bezugsmöglichkeit von Betäubungsmittel-Rezepten zum Erwerb von Medizinal-Cannabis als Selbstzahlerleistung („Privat-Rezept“) – bestehend aus Wirtschaftsunternehmen, die ihrerseits Ärztinnen und Ärzte anstellen, die überwiegend keine Kassenzulassung besitzen bzw. auch nicht privatärztlich hauptberuflich arbeiten, somit unter (Aus-)Nutzung der ihnen gesetzlich verliehenen Legitimation ausschließlich Medizinal-Cannabis-Produkte ohne Berücksichtigung anderer therapeutischer Optionen, d. h. insbesondere sog. High-THC-Blütensorten, verordnen, einzudämmen, und wenn solche Überlegungen derzeit nicht angestellt werden, wie will die Bundesregierung verhindern, dass, wie von mir befürchtet, der Schwarzmarkt für Genuss-Cannabis nicht (weiter) durch solche – atypische und einseitige – Ordnungswege mit hochpotenten Cannabis-Produkten gespeist und pseudolegitimiert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

42. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Brandl**
(CDU/CSU)
- Wie viele Kommunen haben gemäß dem folgenden Förderaufruf (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/aufruf-zur-foerderung-von-beratungsleistungen.pdf?__blob=publicationFile) einen Antrag auf Beratungsleistung im Mai 2023 eingereicht (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
43. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Brandl**
(CDU/CSU)
- Wie viele Kommunen haben gemäß der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 31. März 2023 (GigabitRL 2.0) einen Antrag auf Förderung gemäß der Fast Lane (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/DG/aufruf-zur-foerderung-von-infrastrukturprojekten-fast-lane.pdf?__blob=publicationFile) im Mai 2023 eingereicht (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
44. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit einem Vorschlag der EU-Kommission für die Neuzulassung von Pkw mit Verbrennungstechnologie nach 2035 zu rechnen, wenn diese ausschließlich mit E-Fuels betankt werden, und was unternimmt die Bundesregierung konkret, um die EU-Kommission dabei zu unterstützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

45. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung den von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP geforderten (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5830) Einsatz und Vertrieb paraffinischer Kraftstoffe in Reinform ermöglichen und dazu eine Änderung der Zehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Bundeskabinett beschließen?

46. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Sieht die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke vor dem Hintergrund der aktuell durch ihr Ministerium veröffentlichten allgemeinen Warnung vor künstlicher UV-Bestrahlung, Anlass, den Betrieb und/oder die Nutzung von Sonnenstudios weiter einzuschränken (www.bmu.v.de/themen/nukleare-sicherheit-strahlenschutz/stahlenschutz/nichtionisierende-strahlung/uv-schutz/uv-strahlung-in-solarien, zuletzt abgerufen am 22. Mai 2023)?
47. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Ergebnisse in Bezug auf den künftigen Schutz der Oder und die Vermeidung von Schadensereignissen, wie dem Fischsterben im letzten Sommer 2022, hatten die Gespräche mit der polnischen Umweltministerin Anna Moskwa am 7. Juni 2023?
48. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung bei den Verhandlungen zur EU-Verpackungsverordnung sicherstellen, dass das deutsche Mehrwegsystem in seiner bisherigen Ausgestaltung auch weiterhin Bestand haben kann (www.morgenpost.de/wirtschaft/article238540715/bier-deutschland-mehrweg-eu-plan-verpackung-brauereien.html)?

